Nr. 272 XXVIII. Jahrgang — Freitag, 5. November 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 21.–. Bei Ziffer- oder Nachweis 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.25, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060.

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Der Sieg der Partei Hardings

⊥ New-York, 4. November. (Eig. Drahtbericht.) Harding erhielt 309 von 531 Stimmen des Wahlkollegiums. Die absolute Mehrheit beträgt 266 Stimmen. Cox bekam 159 Stimmen. Das Ergebnis der drei Bezirke des Staates Arizona steht noch aus. Das bedeutet also, daß 369 Mitglieder des Wahlkollegiums den Auftrag erhalten haben, am zweiten Montag im Januar schriftlich im versiegelten Brief für Harding zu stimmen. Die Stimmzettel werden am zweiten Mittwoch des Februar im vereinigten Kongreß geöffnet werden, so daß die eigentliche Proklamation des neuen Präsidenten am 8. Februar stattfinden wird. Harding wird am 4. März ins Weiße Haus einziehen. Für Harding haben im ganzen 30 Millionen von 55 Millionen Wählern gestimmt, darunter befanden sich 10—12 Millionen Frauen. Cox hat 25 Millionen Stimmen erhalten. Harding hat erklärt, er beabsichtige, im Kongreß die sofortige Unterzeichnung des Friedens mit Deutschland zu verlangen. Es scheint, daß sich die Republikaner bei den gleichzeitigen Neuwahlen für das Präsidenten-Repräsentantenhaus und für den Senat ebenfalls die Mehrheit gesichert haben. Die bisherige Mehrheit der Republikaner im Senat soll sich um acht Sitze erhöht haben, so daß sie im Senat gegenwärtig 59 Sitze innehaben, die Demokraten nur 48. Im Kongreß holen die Republikaner nunmehr 238 Sitze gegen nur 179 Demokraten und 3 Unabhängige.

•

Hardings erste Worte

⊕ Genf, 4. November. (Eig. Drahtbericht.) Der „Matin" meldet aus New-York: Harding hat sich am Vorabend der Wahl im New-Yorker Parteiklub dahin geäußert, daß er den Versailler Vertrag in der vorliegenden Form, d. h. ohne Abänderungen nicht gutheißen könne und ihm nicht zustimmen würde. Es wird bekannt, daß Hardings Name unter fast allen Abänderungsanträgen zum Versailler Vertrag und zum Völkerbundsvertrag, die durch den Senat gegangen sind, gestanden hat.

Weiter wird noch über Hardings Verhalten gemeldet: Nach Bekanntwerden seiner Wahl zum Präsidenten erschien Harding auf seinem Balkon und hielt, zu Tränen gerührt, folgende Ansprache: Ich habe gemeinsam mit Ihnen gearbeitet und habe mich immer bemüht, Ihnen gegenüber mit vollständiger Ehrenhaftigkeit zu handeln; wenn das Schicksal mich nun zum Präsidenten bestimmt, so wünsche ich gegenüber allen Völkern ein loyales Verfahren anzuschlagen.

In einem Interview betreffend die Wahlergebnisse sagte Harding, er hege kein Gefühl des Triumphes, sondern bitte Gott, daß er ihm die Kraft geben möge, die ihm anvertraute Aufgabe zu lösen. Er betrachte seine Wahl nicht als persönlichen Sieg, sondern als einen Ruf der Nation an die republikanische Partei.

Abbruch des englischen Bergarbeiterstreiks

In einer Zusammenkunft zwischen den Bergarbeitern und der Regierung wurde beschlossen, daß als Folge der Abstimmung der Streik für abgebrochen erklärt und die Bergarbeiter aufgefordert werden sollten, am Donnerstag ihre Bergarbeit so rasch als möglich wiederaufzunehmen.

Diese Meldung wird gestützt von einer Nachricht über Holland. Dem „Nieuwe Rotterdamsche Courant" zufolge zeigen die bis Mittwoch mittag bekanntgewordenen Ergebnisse der Abstimmung der englischen Bergarbeiter eine Mehrheit von zwei zu eins für die Annahme des Abkommens mit der Regierung.

Reuter aber stellt die Sache etwas anders dar. Er berichtet folgendes: Die Abstimmung der Bergarbeiter hat eine Mehrheit von 8450 Stimmen gegen die Annahme des getroffenen Uebereinkommens ergeben. Die Delegiertenkonferenz in London hat jedoch beschlossen, den Bergarbeitern anzuraten, die Arbeit sofort wiederaufzunehmen.

Die Abstimmung scheint in den einzelnen Bezirken verschiedene Mehrheiten erbracht zu haben. In Südwales z. B. ist nach den „Times" sogar eine Mehrheit von 85 000 Stimmen gegen das Abkommen erzielt worden. Die Delegiertenkonferenz aber scheint für Nachgiebigkeit zu sein. Die Frage bleibt aber immer noch offen, ob die Bergarbeiter dem Rate ihrer Führer folgen werden.

•

Streiklust der französischen Bergarbeiter

Der Nationalrat der französischen Bergarbeiter hat folgende Mitteilung ausgegeben: Der Nationalrat gibt bekannt, daß er vor dem 14. November noch keine entscheidenden Schritte unternehmen wird. Dann aber wird er für die entstehenden Schwierigkeiten keine Verantwortung mehr übernehmen, und vom 15. November an werden alle unter Tags arbeitenden Bergarbeiter die Arbeit einstellen.

•

Streik der belgischen Bergarbeiter

Nach einer Meldung der „Humanité" aus Brüssel beträgt die Zahl der Streikenden im Becken von Charleroi 44 000. Die Bewegung habe sich auch bereits auf die Sambrenegend und auf einen Teil des Beckens des Zentrums ausgedehnt.

•

Die Streiks in Nordspanien

a. Madrid, 4. November. (Ein. Drahtbericht.) Die blutigen Ausschreitungen anläßlich der Streiks in Katalonien dauern an. In Tarrasa wurde der Direktor einer Brauerei von Mitgliedern der revolutionären Gewerkschaften durch Revolverschüsse schwer verletzt. In einer Bar wurde der Werkmeister einer andern Fabrik erschossen.

Aus der Adria

§ Lugano, 4. November. (Ein. Drahtbericht.) Die serbische Garnison des Hafens von Buccari eröffnete auf einen einfahrenden Dampfer Maschinengewehrfeuer, das sie trotz Hissens der italienischen Flagge fortsetzte. Der Dampfer mußte sich infolgedessen nach Fiume flüchten.

Die Niederlage Wrangels

Aus Sebastopol wird gemeldet, daß die Bolschewisten die Front des Generals Wrangel durchbrochen haben. Die Stadt Melitopol und andre Punkte wurden den Bolschewisten preisgegeben und die roten Truppen stehen vor Peridol. General Wrangel beschränkt sich auf die Verteidigung gegenüber der vorfluteuden roten Welle, die auf die Krim zum Schwarzen Meere hin vorzustoßen scheint.

Ueber das Ausmaß der Wrangelschen Niederlage denkt man in Ententekreisen sehr pessimistisch. So wird uns aus Holland gedrahtet:

△ Haag, 4. November. (Eig. Drahtbericht.) Die gesamte englische Presse kommentiert in ausführlichen Artikeln die Nachrichten vom Kriegsschauplatz des Generals Wrangel. Man ist einstimmig der Meinung, daß Wrangels Heer vollständig vernichtet sei.

Wrangel selbst hüllt sich in Schweigen. Er meldet nur, daß die Bolschewisten, „verstärkt durch zahlreiche, von der polnischen Front herübergeworfene Kavallerie- und Kavalleriedivisionen", ihre hartnäckigen Angriffe fortsetzen. Für Sowjet-Rußland aber bedeutet die Niederwerfung dieses einmal gefährlichsten Gegners einen nicht gering zu schätzenden Erfolg.

•

Kowno von den Polen beschossen

S. Zürich, 4. November. (Eig. Drahtbericht.) Das „Petit Journal" meldet aus Kowno: General Zeligowski beschießt die Stadt Kowno. Unmittelbar vor der Stadt sind Kämpfe zwischen den Truppen des Generals und litauischen Abteilungen im Gange. Die Truppen Zeligowskis haben die Straße nach Dünaburg überschritten.

•

England im Schwarzen Meer

• London, 4. November. Eine neue Note Curzons gegen Moskau erklärt, die Wiederaufnahme des Handels mit Rußland sei erst nach Einstellung jeder antibritischen Tätigkeit der Sowjetregierung möglich. Beim Stapellauf eines Sowjet-Unterseebootes im Schwarzen Meere habe ein Sowjetkommissar die Hoffnung ausgedrückt, daß die Seetätigkeit des Bootes sich zuerst gegen ein Ententeschiff wenden möge. Ueberhaupt habe England Beweise, daß die Tätigkeit der russischen Fahrzeuge im Schwarzen Meere absichtlich gegen die Ententeinteressen gerichtet sei. Solange das nicht anders werde, müsse es auch bei der bisherigen Tätigkeit Englands im Schwarzen Meere verbleiben.

•

Ein polnisch-rumänisches Bündnis?

□ Warschau, 4. November. (Eig. Drahtbericht.) Wie aus gutunterrichteten Kreisen verlautet, wird Take Jonescu während seines Aufenthaltes in Warschau die Frage des Abschlusses eines polnisch-rumänischen Bündnisses aufwerfen. Dieses Bündnis soll den Zweck haben, den Schutz beider Staaten gegen eventuelle Revanchepläne der Russen zu garantieren.

•

Die polnische Eisenbahnnot

× Oppeln, 4. November. Von der Interalliierten Kommission sind bei der Warschauer Regierung dringende Vorstellungen auf sofortige Rücklieferung der deutschen Güterwagen aus Oberschlesien erhoben worden. Die Interalliierte Kommission verlieh dieser Vorstellung dadurch Nachdruck, daß sie im Weigerungsfalle die Einstellung der Kohlenlieferungen in Aussicht stellte.

Das Regime Horthys

× Wien, 4. November. Aus Ungarn erfahren hiesige Blätter, daß das Regime Horthys in Ungarn vor einer schweren Krise stehe, die in erster Linie durch den Widerspruch Englands gegen das ungarisch-französische Abkommen von Gödöllö, wonach Ungarn eine Armee von 140 000 Mann gegen Sowjetrußland mobilisieren solle gegen das Zugeständnis territorialer und wirtschaftlicher Erleichterungen, hervorgerufen wird. Der Wirtschaftsvertrag mit Frankreich wird durch Englands Gegnerschaft hinfällig und damit auch die Möglichkeit der Besserung der ungarischen Finanzlage. Die inneren Kräfte des Landes, die keinen nennenswerten Export an Nahrungsmitteln durchführen können, und die industrielle Produktion, die zugrunde gegangen ist, reichen nicht aus, um das Beamtenheer und die Kunstreiter des weißen Schreckens zu ernähren. Die Armee hat bisher zum Teil von Erpressungen bei reichen Juden und von Requisitionen gelebt, deren Quellen zu versiegen beginnen. Horthy ist jetzt bemüht, sich England zu nähern. Aber es ist wenig wahrscheinlich, daß er noch Kredite für die Haltung der Terrortruppen findet, zumal auch die politische Lage der Regierung immer schwieriger wird und selbst die besten Freunde von Horthys System dessen Lebensdauer nur noch nach Monaten bemessen.

Belgische Kapitulation vor deutscher Feuerwehr

+ Kassel, 4. November. Aus Düsseldorf berichtet die „Kasseler Zeitung": Hier hat sich eine Geschichte zugetragen, die sich wie ein ergötzlicher Scherz ausnimmt, gleichwohl aber buchstäblich wahr ist. Als die Feuerwehr in Neuß eines dort ausgebrochenen Großfeuers nicht Herr zu werden vermochte, telegraphierte sie nach Düsseldorf, von wo man sogleich einen Motorlöschzug anrücken ließ. Als er die Rheinbrücke zwischen Düsseldorf und Neuß passierte, begab sich folgendes: Die belgische Brückenbesatzung warf die Gewehre weg und stand, einschließlich des befehlshabenden Offiziers, mit „Hände hoch" bildsäulenartig fassungslos da — und ganz Düsseldorf lacht. Lacht in dem Bewußtsein, daß selbst die feindlichen, auf deutschem Boden inmitten eines entkräfteten und wehrlos gemachten Volkes stehenden Armeen immer noch von der alten Angst vor deutscher Wehrhaftigkeit erfüllt sind und daß nur die deutsche Feuerwehr anzurücken braucht, um die Feinde das Hasenpanier ergreifen zu lassen. Gegen die deutschen Zeitungen im besetzten Gebiet, die diesen Vorgang berichteten, wurden natürlich drakonische Maßnahmen angewandt. Der Kommandant von Neuß aber erhielt seine Ablösungsorder, der Brückenoffizier wurde degradiert und 30 Mann schwer bestraft.

Die Besatzungskosten

Der Hauptausschuß des Reichstages trat am Mittwoch in die Besprechung über die Ausführung des Friedensvertrages ein. Der Reichsschatzminister beantragte, die Kosten für die Besatzungen von 20 auf 40 Milliarden zu erhöhen und führte aus: Es sind Verhandlungen mit den maßgebenden Stellen der Besatzungsmächte aufgenommen worden. Es steht zu hoffen, daß auf diese Weise eine Milderung der Besatzungslasten zu erwarten ist. Um dies zu erreichen, ist es erforderlich, auf eine Herabsetzung der Besatzungsstärke hinzuwirken und ferner die Garnisonen endgültig festzulegen. Der Reichsschatzminister gab sodann noch mehrere Erläuterungen der außerordentlichen Kosten, die bis jetzt erwachsen sind und noch zu erwarten stehen.

Zu dieser Frage führte der Abgeordnete Dr. Helfferich aus: Wenn die Angabe des Reichsschatzministers richtig sei, daß Amerika die Kosten seiner 17 000 Mann starken Besatzungstruppe auf täglich 1 220 000 Dollar beziffere, so seien das rund 90 Millionen Papiermark täglich oder rund 32 Milliarden Mark im Jahre für 17 000 Amerikaner. Das sei doch eine vollendete Unmöglichkeit. (Allseitige Zustimmung.) Nach dem heutigen Kurs seien 500 Milliarden Franken an Frankreich zu zahlen. Es handle sich da gar nicht mehr um finanzielle, sondern um astronomische Zahlen. Was heute besetzt sei, gehe weit über die im Waffenstillstandsvertrage erwähnten strategischen Punkte hinaus. Man müsse an dem ursprünglichen Sinne des Vertrages festhalten.

Die Einziehung des Reichsnotopfers

+ Berlin, 4. November. (Eig. Drahtbericht.) Die Vorlage über die Einziehung des Reichsnotopfers ist im wesentlichen fertiggestellt. Man hofft, durch sie möglichst starke Beträge in die Kassen des Reiches zu ziehen. Im Vordergrund steht also der finanzielle Zweck, in zweiter Linie spielt aber auch ein volkswirtschaftlicher Zweck insofern mit, als man der Inflation entgegenarbeiten will. Von andrer Seite verlautet, daß beabsichtigt sei, vorläufig 40 bis 50 Prozent des Reichsnotopfers einzuziehen, jedoch in der Leistung der Zahlungen Erleichterungen evtl. Abzahlung in zwei Raten zu gestatten. Die Teilbeträge sollen bis Ende des laufenden Jahres eingezogen werden.

Der 9. November

Wie wir erfahren, haben die Betriebsräte Groß-Berlins und die Gewerkschaften beschlossen, den 9. November durch allgemeine Arbeitsruhe zu feiern, nachdem der angekündigte Antrag der Unabhängigen im Reichstag, den 9. November zum gesetzlichen Feiertag zu erklären, nicht eingebracht worden ist. Ob auch die städtischen Arbeiter sich der Arbeitsruhe anschließen werden, soll erst am Sonntag entschieden werden. In diesem Falle würde Berlin wieder ohne Verkehrsmittel, ohne Licht und ohne Gas sein. — Auch der Kreisvorstand der U. S. P. Groß-Dresdens fordert die Arbeiterschaft auf, am 9. November die Arbeit ruhen zu lassen. Die Betriebsräte werden ersucht, dazu in den Betrieben Stellung zu nehmen. — Die Mehrheitssozialisten haben bisher noch nichts über ihre Stellungnahme in dieser Frage bekanntgegeben.

Ausschreitungen in Grünberg

× Grünberg (Schlesien), 4. November. Den Blättern zufolge versammelten sich hier während einer Sitzung des Kreiswirtschaftsverbandes Arbeiter vor dem Lokal an. Nachdem eine Abordnung den Bauern über die hohen Preise Vorwürfe gemacht hatte, drang die Menge in den Saal ein und schleppte die Landwirte auf einen Wagen, der mit Schildern behängt war, welche Aufschriften trugen wie: „Hier sind die Wucherer!" u. dgl. Auf dem Ring wurden die Pferde ausgespannt und die Bauern unter Mißhandlungen gezwungen, den Wagen, in den sich die Arbeiter gesetzt hatten, zu ziehen. Schließlich wurden die Landwirte wieder freigelassen. Die Polizei schritt nicht ein.

Sachverständigenbeirat beim Reichsverkehrsminister

× Berlin, 4. November. Heute tritt in Berlin unter dem Vorsitz des Reichsverkehrsministers ein gemäß dem Reichstagsbeschlusse vom 30. Juli d. J. gebildeter Sachverständigenbeirat zusammen. Ihm gehören je 12 Mitglieder des Reichstages und des vorläufigen Reichswirtschaftsrates sowie 14 vom Verkehrsminister berufene Sachverständige des Wirtschaftslebens an. In der Sitzung soll vom Ministerium zunächst ein Bericht über die allgemeine wirtschaftliche Lage der Reichseisenbahnen erstattet und dann die Frage erörtert werden, ob eine Steigerung der Einnahmen durch Tariferhöhungen oder durch andre Maßnahmen zu erstreben sei. Des weiteren sollen die Fragen einer Preissenkung der für die Eisenbahnen wichtigen Rohstoffe und der wirtschaftlichen Gestaltung des Werkstättenwesens besprochen werden.

Zentralstelle für die Gliederung des Reiches

Amtlich wird mitgeteilt: Die vom Reichsministerium des Innern einberufene Zentralstelle zur Neubildung der deutschen Länder trat am Mittwoch in den Räumen des Ministeriums zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Der Reichsminister Dr. Koch hieß die Kommission im Namen der Reichsregierung willkommen und berief zum Vorsitzenden der Zentralstelle den Staatsminister a. D. Grafen Rödern. Es wurde eine Geschäftsordnung beschlossen und der Kommission der Name „Zentralstelle für die Gliederung des Deutschen Reiches" gegeben. Die Aufgabe der Zentralstelle ist die Abgabe schriftlicher Gutachten. Die Verhandlungen sind vertraulich.

Die Sozialisierung des Kohlenbergbaues

Von Dr. Otto Hugo,

Mitglied des Reichstags und des Reichswirtschaftsrats

Die Kohle ist die Voraussetzung aller wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Haben wir es früher gewußt, so empfinden wir es gegenwärtig, wo der Mangel an Kohle unser Leben bedroht, wie die ganze Existenz des Volkes von der ausreichenden Beschaffung dieses wichtigsten Rohstoffes abhängt. Ohne Kohle können wir uns weder kleiden noch ernähren, weder Ware für uns herstellen noch für die Ausfuhr, um von den Gütern des Weltmarktes einen Anteil für uns zu gewinnen, noch können wir Verkehr und Handel aufrechterhalten. Der Wirtschaftspolitiker muß deshalb für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft von der Voraussetzung ausgehen, daß aller Aufbau auf dem festen Fundament einer gesicherten Kohlenversorgung allein nur erfolgen kann. Alle andern Besserungspläne stehen in zweiter Linie. An der Ernst dieser Frage zweifelt in Deutschland niemand. Der vergangene Reichskanzler Bauer und der sozialistische Reichswirtschaftsminister Schmidt haben sich auf dem sozialistischen Parteitag in Kassel darauf berufen, daß sie in diesem Problem der Kohlenbeschaffung das A und O der Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft sehen. Von dieser Voraussetzung ausgehend, darf deshalb auch nur eine Wirtschaftspolitik in Deutschland betrieben werden, die eine Steigerung der Kohlenproduktion ermöglicht. Ein Stillstand in der Fördermenge oder gar ein Rückgang würde uns Hunger und Elend überantworten. Die deutsche Einfuhr überragt schon heute um ein Vielfaches die Ausfuhr. Wir leben über unsre Verhältnisse. Wir müssen die Ausfuhr verdreifachen, vervierfachen, wenn wir auf die Dauer existenzfähig sein wollen. Daran ändern Parteiauffassungen gar nichts. Es ist das ein elementarer Grundsatz, der für alle, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, gilt. Und ohne Steigerung der Kohlenförderung können wir die Mehrproduktion nicht leisten.

Nun zeigt uns die Ueberführung der privaten Wirtschaft in die Hände der Allgemeinheit schon an den vorhandenen Beispielen die vernichtende Rückwirkung auf die Produktionsleistung der Betriebe. Die sozialistische Lehre geht von dem Grundsatz aus, daß Sozialismus Arbeit sei, und daß, wenn die Arbeitsmittel aus den Händen der Kapitalisten in die Hände der Arbeiter gelegt seien, ohne weiteres jeder Arbeiter ein Mehr an Leistungen vollbringen würde. Dieser Grundsatz der sozialistischen Lehre ist durch die Tatsachen völlig erledigt. In unsern Eisenbahnwerkstätten weiß jeder Arbeiter, daß er für die Allgemeinheit schafft, und trotzdem ist die Arbeitsleistung auf einen trostlosen Tiefstand gesunken. Ueberall, wo an die Stelle der Privatunternehmung die Gemeinunternehmung tritt, sei es bei den Verkehrsinstitutionen des Staates oder der Gemeinden, ergibt sich der völlige Zusammenbruch der Wirtschaftlichkeit der Unternehmung. Dort, wo der Staat oder eine gemeinnützige Gesellschaft ein wirtschaftliches Risiko übernimmt, wie wir es in unsrer zentralen Bewirtschaftung in den letzten Jahren praktisch erlebt haben, ergeben sich Verluste und Risiken, die die Allgemeinheit überhaupt nicht zu tragen auf die Dauer in der Lage ist. Von welch gefährlicher Rückwirkung müßte es aber werden, wenn die tausend deutschen Bergwerke nun ebenfalls einer solchen Allgemeinwirtschaft mit ihren vernichtenden wirtschaftlichen Lähmungserscheinungen überantwortet würden? Und wie gefährlich es ist, organisatorische Umstellungen in Zeiten der Erschütterung vorzunehmen, das hat uns die Erzbergersche Steuerpolitik bewiesen, die den preußischen Steuereinnahmeapparat zertrümmerte und nach Jahren noch nicht einen Reichsfinanzapparat von gleicher Fähigkeit schaffen dürfte.

Eine privatwirtschaftliche Spitze, die immer und immer wieder den Antrieb zur Förderung der Leistungsfähigkeit gegeben hat, wird nun aber in allen Systemen, die man für die Sozialisierung des Bergbaues vorgeschlagen hat, völlig lahmgelegt. Der Bergwerksdirektor soll zwar auf Privatvertrag noch wie vor weiter existieren, soll auch weiter Prämien beziehen, aber eingeschränkt wird dieser Direktor durch die gesteigerte Bedeutung des Betriebsrates nach der Sozialisierung auf der einen Seite und durch den vorgesehenen Reichskohlenrat auf der andern Seite. Beiden Instanzen gegenüber gerät der Leiter des Werkes in eine lähmende Abhängigkeit. Er wird entweder bei den ersten Konflikten, die er nach unten oder oben bekommt, als charaktervoller Mann ausscheiden und einer parteigefügigen Kreatur Platz machen, oder er wird sich auf das neue System einstellen, indem er sich hütet, oben oder unter weiter anzustoßen. Die natürliche Folge ist dann, daß er eben überhaupt nichts mehr auf eigene Verantwortung und Initiative an unternehmen wagt, sondern bei allem, was er für zweckmäßig erachtet, zum mindesten die vorherige Zustimmung seiner Kontrollinstanzen einholt. Das bedeutet natürlich die völlige Bureaukratisierung der Werksleitung und die Verpassung aller Gelegenheiten zur eigenen Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Betriebe. Welche Rückwirkungen eine solche Einzwängung des leitenden Mannes nach sich ziehen müßte, darüber braucht kaum ein Wort gesagt zu werden.

An die Stelle des Beirates bzw. des Aufsichtsrates für das einzelne Unternehmen tritt bei der Sozialisierung der Reichskohlenrat, eine Körperschaft von 100 Mitgliedern, von denen ganze 15 Mitglieder aus den Bergwerksunternehmern entnommen werden sollen. Die Tatsache, daß ein Mann von der genialen Veranlagung als wirtschaftlicher Führer wie Herr Stinnes in diesem System des sozialisierten Bergbaues im günstigsten Falle einer der hundert Köpfe des Reichskohlenrates werden könnte, im übrigen aber die unmittelbare tägliche Auswirkung seiner hervorragenden Führereigenschaften der deutschen Wirtschaft willkommen verlorengehen würde, veranschaulicht die trübe Wirkung des Sozialisierungssystems hinsichtlich der Ausschaltung von Intelligenzen und ihre Erstickung durch die Wirtschaftsbureaukratie, an der wir ohnehin so maßlos leiden.

Der hundertköpfige Reichskohlenrat soll die Aufgabe zugewiesen erhalten, mit den tausend Bergwerken unmittelbar in zentraler Verwaltung abzurechnen. Schätzungsweise wird zur Durchführung notwendig werden, einen Apparat von 4000 unproduktiv arbeitenden Personen neu einzurichten. Daß es ein Wahnsinn ist, nach all den Erfahrungen, die wir gemacht haben,

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19201105/1